



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2022

Demokratie / Populismus

Schlag, Thomas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-214137>

Book Section

Accepted Version

Originally published at:

Schlag, Thomas (2022). Demokratie / Populismus. In: Simojoki, Henrik; Rothgangel, Martin; Körtner, Ulrich H.J. Ethische Kernthemen : Lebensweltlich – theologisch-ethisch – didaktisch. Göttingen: Vandenhoeck Ruprecht, 74-84.

1. Lebensweltliche Perspektiven

Demokratie als Herrschafts-, Regierungs- und Lebensform stellt in Gesellschaften, in denen sie historisch gewachsen ist, verfassungsmäßig garantiert und politisch umgesetzt wird, eine Selbstverständlichkeit dar. Dennoch versteht sich Demokratie nicht von selbst. Vielmehr bedarf diese zu ihrer dauerhaften Legitimation und Stabilität der immer wieder neuen, oftmals überaus kleinteiligen Ausgestaltung und nicht selten überaus mühevollen Weiterentwicklungsprozessen. Deshalb gehört es zum Wesensmerkmal des demokratischen Zusammenlebens, dass die »Arbeit an der Demokratie« auf sehr vielfältigen Ebenen, in unterschiedlichsten Formen geschieht. Diese umfassen über die klassischen demokratischen Beratungs- und Entscheidungsinstanzen hinaus – also Legislative, Exekutive und Jurisdiktion – eine Vielzahl von weiteren Institutionen und Organisationen (etwa Parteien und NGOs, Verbände, Gewerkschaften und Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften), die sich an der Gestaltung des demokratischen Lebens beteiligen und brennende Themen, Diskussionsprozesse sowie Entscheidungen medial transparent machen.

Von eminent politischer und auch erheblicher pädagogischer Relevanz für eine solche diskursive politische Öffentlichkeit ist es, dass die einzelnen Bürgerinnen und Bürger und damit auch Kinder und Jugendliche auf mündige Weise an deren Gestaltung partizipieren können: »Nur die Demokratie bietet den Menschen die Chance, sich umfassend an Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen und ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.« (Vorländer, 2020, S. 125). Die einzelnen Akteurinnen und Akteure werden ihrer demokratischen Verantwortung also dann gerecht, wenn sie sowohl um ihre verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte wie auch um ihre je individuellen Möglichkeiten und Pflichten der Verantwortungsübernahme im Blick auf die aktive Beteiligung und Mitgestaltung wissen.

Damit dies gelingt, ist ein demokratisches Gemeinwesen wesentlich darauf angewiesen, dass die notwendigen demokratiebezogenen Kompetenzen gelernt und erworben werden können. Insofern ist die Pflege eines demokratischen Bewusstseins erheblich davon abhängig, dass der demokratische Staat dafür die

notwendigen Bildungsmöglichkeiten und -chancen gerechter Teilhabe bereithält. In diesem Sinn sind alle Gestaltungsprinzipien des demokratischen Zusammenlebens auf denkbar engste Weise mit den Zielsetzungen und Praktiken schulischer und außerschulischer Bildung und damit auch mit dem Selbstverständnis und Auftrag des Religionsunterrichts verbunden.

Eine solche zugegebenermaßen ideale Zeichnung der Demokratie und der dafür förderlichen Bildungspraxis ist gegenwärtig wieder besonders deutlich in Erinnerung zu rufen. Denn in jüngerer Zeit zeichnen sich eine Reihe von lebensweltlich relevanten Entwicklungen und Debatten ab, die sowohl die Grundprinzipien wie die Verfahrensmechanismen des demokratischen Gemeinwesens erheblich infrage stellen und damit für alle Bildungsorte zum zentralen Thema werden. Dies ist zum einen dort der Fall, wo in theoretischer Hinsicht ein Verfall der klassischen Demokratie konstatiert wird: Im Schatten politischer Inszenierungen werde die eigentliche, reale Politik von gewählten Regierungen und Eliten gemacht, die vor allem die Interessen der Wirtschaft verträten. Zum anderen zeigt sich durch Bewegungen wie Pegida oder im parlamentarischen Kontext der AfD eine Form rechtspopulistischer identitärer Fundamentalkritik, die als bewusste Aushöhlung demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprinzipien anzusehen ist. Bei populistischen Phänomenen handelt es sich um eine Art kulturkämpferischer Selbstvergewisserung mit Exklusionsdynamiken nach Maßgabe eines »Freund-Feind-Denkens« (Müller, 2016). Zudem kommt es hier zu einer verstärkten Moralisierung von Politik, durch die Kompromisslösungen erschwert und politische Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden (Mudde & Kaltwasser, 2017). Demzufolge ist auch der Populismus nicht als Gegenbewegung zu postdemokratischen Tendenzen zu verstehen, sondern dieser führt in erster Linie zu deren Verschärfung (Crouch, 2021).

Nicht zuletzt durch die in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweiteten digitalen Kommunikationsmöglichkeiten verbindet sich dies zugleich häufig mit antisemitischen Verschwörungsbehauptungen und antidemokratischen Radikalisierungstendenzen, besonders augenfällig in den Querdenkerbewegungen im Zusammenhang der Regierungszeit Donald Trumps und der globalen Pandemiekrise. Im Gewand der vermeintlich unbezweifelbaren »Entmündigung des Volkes« und »Ignoranz des eigentlichen Volkswillens« führt dies nicht nur zu Diffamierung der politischen und gesellschaftlichen »Eliten«, sondern mindestens indirekt auch zur prinzipiellen Infragestellung der parlamentarischen Spielregeln und demokratischen Grundprinzipien, verschärft durch kaum noch überschaubare und noch viel weniger kontrollierbare digital-indoktrinierende Artikulationsformen.

Aus diesem Grund ist die Bildung und Pflege demokratischen Bewusstseins gegenwärtig von großer Dringlichkeit, um solchen antidemokratischen Haltungen und Praktiken eine wirksame Gegenmacht gegenüberzustellen. Und hier ist zweifellos Hoffnung erlaubt, insofern eine Reihe gesellschaftspolitischer Themen zu starken Artikulations- und Aktivierungsdynamiken in der jungen Generation führen, in denen meist erhebliche Demokratiekompetenz erkennbar wird. Ideen und Ansprüche an die Gestaltung der Zukunft werden von Jugendlichen vermehrt geäußert und zugleich neue politische Weichenstellungen eingefordert. Auch wenn das generelle politische Interesse der jungen Generation in den letzten Jahren eher leicht rückläufig zu sein scheint (Albert, Hurrelmann & Quenzel, 2019), werden konkrete Beteiligungsformate verstärkt genutzt: Man denke hier etwa an »Attac«, »Fridays for Future«, »Black Lives Matter« oder »MeToo«. Zu verweisen ist aber auch auf die verstärkte politische Bedeutung verschiedener Formen digitaler Einflussnahme durch eine wachsende Zahl von Influencerinnen und Influencern und deren immer wieder politisch ausgerichtete Statements. Insofern sind in lebensweltlicher Hinsicht für die junge Generation Fragen politischer Macht, neue Fundamentalismen sowie drohende Exklusionstendenzen deutlich im Bewusstsein und führen häufig zu intensivem Engagement, das alles andere als eine Politikverdrossenheit offenbart.

Die Bedeutung dieser höchst unterschiedlichen aktuellen Artikulationsformen und der damit kaum mehr überschaubaren Komplexität kann für die politische Bewusstseinsbildung junger Menschen schwerlich überschätzt werden. Und zur Pflege demokratischer Mündigkeit ist medienkritische Bildung bereits im Kindes- und Jugendalter unbedingt notwendig. Deshalb bestehen für den Religionsunterricht nicht nur im Blick auf die Standards demokratischen Zusammenlebens, sondern auch für den Umgang mit dem Populismus sowie den damit häufig verbundenen antisemitischen Tendenzen erhebliche Herausforderungen. Für die kritische und zugleich vertiefte Auseinandersetzung mit diesen demokratierelevanten Phänomenen ist deshalb die mögliche Orientierungskraft religiöser Bildung intensiv zu reflektieren und in pädagogischer Hinsicht am Ort des Religionsunterrichts sprachmächtig und tatkräftig mit ins Spiel zu bringen.

2. Theologisch-ethische Perspektiven

Die Aufgabe religiöser Bildung für die Pflege demokratischen Bewusstseins und die notwendige Kritik an antidemokratischen Grundhaltungen bedarf zuallererst einer historischen und theologisch-ethischen Klärung dieses Grund-

zusammenhangs. Dabei zeigt der historische Verlauf gerade in »kirchen-offiziellen« Schriften wesentliche ethisch-theologische Entscheidungen, die bis in die Gegenwart hinein von programmatischer, orientierender und aktueller Relevanz sind.

Vorneweg ist zu sagen, dass Kirchen und Theologie sich historisch gesehen nur äußerst zögerlich und zurückhaltend in ein positives Verhältnis zur demokratischen Nachkriegsordnung gesetzt haben. Diese lange währende Zurückhaltung liegt nicht zuletzt darin begründet, dass man sich als Kirchen und Theologie lange Zeit nicht in ein konstruktives Verhältnis zu einem Staat zu setzen wusste, der auf religiöse Begründungsfiguren seiner Verfassungsprinzipien bewusst verzichtete und diese ausdrücklich unter der Maßgabe religiöser Neutralität etabliert wissen wollte. Dazu kommt als Zweites, dass beide Kirchen im Lauf der ersten Nachkriegsjahrzehnte mehr und mehr ihren wertbezogenen Monopol- und Exklusivitätsanspruch als gesellschaftlich zentrale Orientierungsmächte verloren und sich demzufolge in das plurale Gesamtensemble gesellschaftlicher Gestaltungskräfte zu integrieren hatten. Schließlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass die weitreichenden gesellschaftlichen Auf- und Umbrüche der 1960er Jahre eine Klärung der eigenen Position im demokratischen Gemeinwesen notwendig machten. Als über Jahrhunderte hinweg etablierte Großinstitutionen sah man sich nun eben auch selbst in Hinsicht auf die eigene gesellschaftliche Bedeutung dazu herausfordert, sowohl nach innen wie nach außen Rechenschaft über die eigene Haltung gegenüber der bundesdeutschen Demokratie abgeben zu können.

Dies geschah auf programmatische Weise – angeregt schon durch die Enzyklika »Rerum novarum« (1891) – zuerst innerhalb der katholischen Soziallehre auf dem Hintergrund des stark gemachten Subsidiaritätsprinzips und in der Folge in der Sozialenzyklika »Centesimus annus« (1991), auf protestantischer Seite erstmals ausführlich in der sog. Demokratie-Denkschrift (EKD, 1985). Zu einer theologisch reflektierten Akzeptanz des demokratisch-pluralistischen Gesamtgefüges sowie dessen aktiver Unterstützung ist es somit erst viele Jahrzehnte nach der Etablierung des demokratischen Verfassungsstaates gekommen.

Dazu war es notwendig, dass man sich in der Weise in ein positives Verhältnis zum demokratischen Gemeinwesen setzte, dass man die gleichsam weltlichen Begründungsfiguren mit den eigenen Glaubensüberzeugungen in ein konstruktives Entsprechungsverhältnis brachte. Die Grundherausforderung bestand darin, die eigenen Wert- und Wahrheitsansprüche mit den Gegebenheiten gesellschaftlicher Pluralität und ihren mannigfaltigen Wertedebatten in einen stimmigen Gesamtzusammenhang zu bringen. Die primäre Begründung für eine positive Grundhaltung gegenüber der Demokratie erblickte man – und

dies gilt bis in die Gegenwart praktisch ungebrochen – in der verfassungsrechtlich grundgelegten Menschenwürde, an die man durch die theologische Figur der Gottebenbildlichkeit konsistent anzuknüpfen wusste. Von durchaus unterschiedlichen normativen Ausgangspunkten aus wurde und wird mithilfe einer anthropologisch-schöpfungstheologischen Begründungsleistung darauf abgezielt, die Vereinbarkeit des demokratisch verankerten Menschenwürdeprinzips mit dem christlichen Menschenbild herauszuarbeiten. Durch eine erkenntnistheoretische Grundfigur pluraler Deutungsmöglichkeiten von christlicher Wahrheit entstand Raum für eine theologisch-ethisch begründete Anerkennung der Pluralität politisch-gesellschaftlicher Überzeugungen. In stärker ethischer Hinsicht konnte man sich von theologischer und kirchlicher Seite aus auf den Kanon demokratischer Werte wie Gerechtigkeit oder Toleranz stützen, indem man diese im Horizont biblischer Überlieferung näher beleuchtete und damit ebenfalls einen Sinnzusammenhang demokratischer Wertekultur und christlicher Schrift- und Glaubenskultur herstellte. Zudem stellte sich unweigerlich die theologisch-ethische Frage nach der möglichen Begründung für eine demokratiekompatible Grundverfasstheit von Kirche selbst. Hier haben die Kirchen nicht zuletzt aufgrund ihres je unterschiedlichen Selbstverständnisses im Blick auf den theologischen Charakter der Institution Kirche und das damit verbundene Amtsverständnis keineswegs in jeglicher Hinsicht demokratische Gestalt gewonnen. Nicht zu unterschlagen ist sowohl in historischer wie in theologischer Hinsicht der maßgebliche Einfluss bzw. die intensive Mitwirkung der Kirchen und einer Vielzahl von Theologinnen und Theologen im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung. Hier kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass die persönlichen theologischen Grundüberzeugungen wertvolle Ressourcen waren, mit deren Hilfe der Boden für ein konstruktives Engagement der Kirchen unter den neuen (west-)demokratischen Bedingungen mitgeschaffen wurde.

In ökumenischer Hinsicht wurde die theologische Wertschätzung der Demokratie in den vergangenen Jahren in Form mehrerer programmatischer gemeinsamer Worte deutlich gemacht. In diesen ermutigen »die Kirchen zur Wertschätzung der Demokratie und zur Nutzung ihrer Chancen« (Kirchenamt der EKD & DBK, 2006, S. 15) und zeigen hier auch theologisch begründet die Bedeutung christlichen Handelns für das demokratische Gemeinwesen auf. Darüberhinausgehend und in überraschend starker Aufnahme des Sittlichkeitsbegriffs ist dies jüngst auch bildungsbezogen weitergedacht worden, wenn formuliert wird: »Die Teilnahme am demokratischen Streit der Meinungen und der Sinn für die Mitgestaltung des Gemeinwesens müssen eingeübt werden. Das setzt Bildungsprozesse voraus, in denen Menschen den Wert und die Würde

der demokratischen Beteiligung theoretisch begreifen und persönlich erleben« (DBK & Kirchenamt der EKD, 2019, S. 49).

Zusammenfassend gesagt zeigt sich sowohl auf katholischer wie auf protestantischer Seite durch die vergangenen Jahrzehnte hindurch ein spannungsvolles, letztlich aber konstruktives theologisch-ethisches Ringen um ein positives Verhältnis zur demokratischen Gesamtkultur. Die Wahrung der Menschenwürde lässt sich evangelischerseits so näher beschreiben, dass Menschenwürde im Kontext reformatorischer Theologie als eine im Gewissen angeeignete »Menschenwürdegewissheit« (Scheliha, 2013, S. 226) verstanden wird. Von dort ausgehend lassen sich enge Verbindungen zwischen dem Geist des Grundgesetzes und der Bibel, konkret etwa dem demokratischen Freiheitsverständnis und dem Grundgedanken christlicher Freiheit, herstellen. Welche theologisch-ethischen Deutungsmöglichkeiten sich hingegen angesichts der oben angedeuteten, prekärer gewordenen Grundbedingungen des demokratischen Zusammenlebens und den populistischen Gefährdungen nahelegen, ist bisher noch kaum systematisch reflektiert. Hinzuweisen ist allerdings auf das reformationstheologisch konturierte Plädoyer für eine kluge »christliche Tugend der Geduld« im Umgang mit dem Populismus (Scheliha, 2018, S. 362) sowie auf die ökumenisch und interdisziplinär ausgerichteten Reflexionen zum Populismus und dem möglichen Umgang der Kirchen damit (Nord & Schlag, 2021).

In theologisch-ethischer und zugleich bildungsrelevanter Hinsicht ist zudem auf die Denkschrift »Konsens und Konflikt« zu verweisen (EKD, 2017). Diese steht vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Flüchtlingsfrage und die damit verschärfte Zugehörigkeitsdebatte sowie die damit verbundenen politischen Fundamentalisierungstendenzen. Erinnert wird dort daran, dass im Rahmen der demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse die Akzeptanz von Meinungsvielfalt, Gleichberechtigung und Toleranz sowie die Aushandlung unterschiedlicher Interessen die Basis und den Kern des demokratischen und zivilgesellschaftlichen Miteinanders bilden. Für den Austausch von Argumenten und durch kommunikativ wie rechtsförmig geregelte Verfahren bedürfte es »des Mutes, gerade auch die kontroversen und schwierigen Themen als Aufgabe der demokratischen Urteilsbildung und des politischen Handelns zu begreifen und sie nicht etwa der Kraft der herrschenden Verhältnisse oder der Märkte zu überlassen« (EKD, 2017, S. 19). Der Streit um das Richtige und Angemessene gehört folglich zur Demokratie unbedingt dazu und kann nicht durch vermeintliche Eindeutigkeiten stillgestellt werden. Von theologischer Seite her steht die Artikulation eindeutiger Urteile gerade in politischen Fragen und Einschätzungen immer unter dem Komplexitätsvorbehalt. Theologische Ethik und Kirchen tun insofern gut daran, jeglichen All-

machtsgestus zu vermeiden oder im Gewand vermeintlich objektiver Aussagen exklusive Deutungshoheit zu beanspruchen. Zugleich ist gerade angesichts eines grassierenden Populismus überall dort deutlich Widerstand zu leisten, wo Begründungsmuster und Aktivitäten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine unübersehbare Gefahr sind.

3. Didaktische Perspektiven

3.1 Didaktische Orientierungen

Wesentlich ist für den vorliegenden Zusammenhang, dass sich der konfessionell verantwortete Religionsunterricht bereits seit den späten 1960er Jahren zunehmend intensiver mit gesellschaftlichen Fragen und Problemlagen auseinandergesetzt hat. Durchaus zeitlich verschoben zu den oben geschilderten eher mühsamen Annäherungen aufseiten von Theologie und Kirchen hat man die Zusammenhänge zwischen der Pflege demokratischen Bewusstseins und der öffentlichen Verantwortung des Religionsunterrichts um einige Zeit früher im Blick gehabt. In inhaltlicher Hinsicht zeigt sich dies darin, dass in den Curricula und Schulbüchern seit den 1970er Jahren dezidiert politik- und demokratie-relevante Themen zum festen Bestandteil des Lehrens und Lernens wurden – nicht selten in emanzipatorischer und befreiungstheologischer Ausrichtung. Dem folgte um die Jahrtausendwende herum ein gewisses konjunkturelles Abflauen der politischen Dimensionierung des Religionsunterrichts. Theoretische Bearbeitungen des Zusammenhangs von religiöser und politischer Bildung erfolgten sowohl aufseiten katholischer wie evangelischer Religionspädagogik erst in jüngerer Zeit wieder verstärkt (Grümme, 2009; Schlag, 2010; Könemann, 2016; Schlag, 2016), zuletzt in kritisch-emanzipatorischer, interdisziplinärer und zugleich ökumenischer Ausrichtung (Gärtner & Herbst, 2020). Im Zusammenhang damit ist auf religionspädagogische Studien zu verweisen, die diese Thematik insbesondere von Aspekten der Menschenwürde und Menschenrechte her bildungstheoretisch näher beleuchten (Schweitzer, 2011; Suhner, 2020).

In Verbindung mit der gegenwärtigen Kompetenzdebatte lassen sich einschlägige kompetenzorientierte Modelle (vgl. etwa Kirchenamt der EKD, 2010) auch auf ihre demokratierelevanten Perspektiven hin lesen: Als grundlegende prozessbezogene Kompetenzen religiöser Bildung stellen hier Wahrnehmungs- und Darstellungs-, Deutungs-, Urteils-, Dialog- sowie Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit die Zielperspektive dar. Thematisch relevante Kompetenzen sind von dort aus: »den eigenen Glauben und die eigenen Erfahrungen wahrnehmen

und zum Ausdruck bringen sowie vor dem Hintergrund christlicher und anderer religiöser Deutungen reflektieren«, »ethische Entscheidungssituationen im individuellen und gesellschaftlichen Leben wahrnehmen bzw. die christliche Grundlegung von Werten und Normen verstehen und begründet handeln können« und »mit Angehörigen anderer Religionen sowie mit Menschen mit anderen Weltanschauungen respektvoll kommunizieren und kooperieren«. Religiöse Bildung in einer solchen kompetenzorientierten, demokratisch relevanten und populismuskritischen Perspektive kann dabei zugleich an die demokratiepädagogisch gefassten Kompetenzen und Standards des sog. Überwältigungs- und Indoktrinationsverbots sowie des Kontroversitätsgebots anknüpfen. Dabei sollte der Religionsunterricht allerdings nicht auf ethische Themen des Politischen eingeschränkt werden, weil damit gerade das spezifisch religionsbezogene und theologische Profil des Faches gefährdet werden würde. So ist es durchaus in einem weiten Sinn als Beitrag zur Demokratie zu verstehen, wenn Aspekte der Menschenwürde und der Anerkennung des Anderen, der Gleichheit unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Rasse oder Religion, ökologische Fragen oder auch Themen wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufgeworfen werden. Damit allerdings die Unterscheidung zur politischen Bildung einerseits möglich und die Verengung auf eine reine Werteerziehung andererseits vermieden wird, sind dezidiert religionsbezogene und theologische Zugänge zu diesen Themen unbedingt gefragt.

Von wesentlicher Bedeutung für eine demokratierelevante religiöse Bildung ist zugleich aber auch ein professionstheoretischer Aspekt: Lehrpersonen stehen vor der Verantwortung, die eigene Haltung zu Aspekten der Demokratie und des Politischen zu reflektieren. Hierfür ist ein spezifisches Ethos erforderlich, von dem aus Lehrpersonen sich bei der Planung und Behandlung jedes Themas fragen, inwiefern dieses demokratierelevant ist bzw. werden kann. So sollte die Frage mit am Horizont sein, ob und wie sich einzelne Themen mit dem Geist der demokratischen Verfassung und in besonders intensiver Weise mit den unterschiedlichen Bestimmungen des Grundrechtskatalogs verbinden lassen. Auf diese Weise können Verantwortliche des Religionsunterrichts ihren Unterricht nicht nur als wesentlichen allgemeinbildenden Beitrag, sondern auch als wichtigen Bestandteil demokratischer Schulkultur und damit einer weitreichenden Gemeinwohlorientierung religiöser Bildung zum Vorschein bringen.

3.2 Didaktische Konkretisierungen

Im Vergleich zu den in den vergangenen Jahren erschienenen programmatischen und leicht greifbaren religionspädagogischen Abhandlungen sind didaktische

Konkretisierungen insbesondere für Fragen des Umgangs mit dem Populismus bisher Mangelware (vgl. etwa eine gänzlich ausfallende Praxisorientierung des entsprechenden WiReLex-Artikels von Kronenberg & Becker, 2020). Dazu kommt, dass aufgrund der thematischen Aktualität sowohl die Curriculumentwicklung wie auch die Erstellung von Lehr- und Lernmaterialien den konkreten demokratisch relevanten Prozessen erheblich hinterherhinken. Immerhin sind auf verschiedenen Portalen der Kirchen substanzielle Handreichungen zum Umgang mit Populismus und Rechtsextremismus zu finden, bei denen auch die Bildungsdimension bzw. die konkrete thematische Arbeit im Bereich des Religionsunterrichts im Blick ist (Sekretariat der DBK, 2019; exemplarisch für mehrere evangelische Landeskirchen ELKB, 2017).

Exemplarisch wird im Rahmen der EKD-Initiative »Dein Glaube/Deine Demokratie« (EKD, 2019) deutlich, wie man sich solche didaktischen Konkretisierungen vorstellen kann, wenn es etwa – verbunden mit der »Einladung zu Beteiligung und kreativer Mitgestaltung« – heißt:

»Politik ohne religiöse Bildung verwechselt allzu schnell Gott und Mensch und glaubt, die ›Welt‹ retten zu müssen. Darum: Setz Dich ein für unsere Demokratie, konkret, klug, praktisch – im Vertrauen darauf, dass der Rest Gottes Sache ist.«

Erkennbar wird auch hier der bewusst diskursiv offene und zugleich theologisch fundierte Charakter eines solchen Engagements, wenn gefolgert wird:

»Christlicher Glaube hilft, demokratisch zu streiten. Er lehrt, dass man selber immer wieder irrt. Und er erinnert daran, dass der Andere stets mehr als ein politischer Gegner ist. Darum: Kämpfe leidenschaftlich für unsere Demokratie gegen alles, was sie gefährdet – aber nie gegen Menschen.«

Insofern lebt eine demokratierelevante religiöse Bildung nicht einfach von der Thematisierung von »Demokratie«, sondern vielmehr bei Behandlung jeglichen Unterrichtsstoffes von der thematischen Sensibilität, impliziten Bezugnahme und expliziten Berücksichtigung ethischer Aspekte (Lindner & Zimmermann, 2021, allerdings ohne expliziten Bezug auf Demokratie oder Populismus). Gleichwohl steht einstweilen für den Religionsunterricht die intensivere Reflexion über die didaktische Verbindung biblischer Themen und Motive mit der Bearbeitung aktueller theologischer Fragestellungen noch aus. So wäre etwa genauer zu bedenken, mit welcher Zielsetzung und welchem Geltungsanspruch etwa die Thematisierung von Propheten bzw. einzelnen prophetischen Büchern

gerade in lebensdienlichen und relevanten Formen erfolgen kann (vgl. dazu in einer ersten Annäherung Schlag, 2017).

Demokratie und Wehrhaftigkeit gegen menschenfeindliche Stimmungen und Praktiken stellen in jedem Einzelfall nicht nur einen Inhalt dar, sondern markieren viel weiterreichend den Wert und die Bedeutung einer religiös mitgeprägten Bildungskultur. Für eine pluralitätsrelevante und differenzsensible Religionspädagogik im Angesicht aktueller Demokratiegefährdungen sind sowohl eine persönlichkeitsorientierte, ich-stärkende und emotionale Bildungsarbeit wie auch eine historisch kundige und theologisch-ethisch ausgewiesene demokratie-stärkende, wehrhaft-widerständige Bildung zentrale und unhintergehbare Ausgangs- und Zielperspektiven.

4. Literatur

- Albert, M./Hurrelmann, K./Quenzel, G. (2019): 18. Shell Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim: Beltz.
- Crouch, C. (2021): Postdemokratie revisited. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- EKD (Hg.) (2017): Konsens und Konflikt. Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland. Hannover.
- EKD (Hg.) (2019): »Dein Glaube – Deine Demokratie!« Ein protestantischer Aufruf zur Stärkung der Demokratie der EKD-Bildungskammer. Hannover.
- ELKB (Hg.) (2017): Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus. Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven der ELKB. München.
- Gärtner, C./Herbst, J.-H. (Hg.) (2020): Kritisch-emanzipatorische Religionspädagogik. Diskurse zwischen Theologie, Pädagogik und Politischer Bildung. Wiesbaden: Springer VS.
- Grümme, B. (2009): Religionsunterricht und Politik. Bestandsaufnahme, Grundsatzüberlegungen. Perspektiven für eine politische Dimension des Religionsunterrichts. Stuttgart: Kohlhammer.
- Kirchenamt der EKD (Hg.) (1985): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Kirchenamt der EKD/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) (Hg.) (2006): Demokratie braucht Tugenden. Hannover/Bonn.
- Kirchenamt der EKD (Hg.) (2010): Kompetenzen und Standards für den Evangelischen Religionsunterricht in der Sekundarstufe I. Ein Orientierungsrahmen. Hannover.
- Könemann, J. (2016): Art. Politische Religionspädagogik. In WiReLex – Das Wissenschaftlich-Religionspädagogische Lexikon im Internet. <http://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/100114/> (Zugriff: 17.05.2021).
- Kronenberg, V./Becker, M. (2020): Art. Populismus. In WiReLex – Das Wissenschaftlich-Religionspädagogische Lexikon im Internet. <https://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/200757/> (Zugriff: 17.05.2021).
- Lindner, K./Zimmermann, M. (Hg.) (2021): Handbuch ethische Bildung. Religionspädagogische Fokussierungen. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Mudde, C./Kaltwasser, C. R. (2017): Populism. A Very Short Introduction. Oxford: Oxford University Press.

- Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Nord, I./Schlag, T. (Hg.) (2021): Die Kirchen und der Populismus: Interdisziplinäre Recherchen in Gesellschaft, Religion, Medien und Politik. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Scheliha, A. von (2013): Protestantische Ethik des Politischen, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Scheliha, A. von (2018): Rechtspopulismus als Herausforderung für die protestantische Ethik des Politischen. In Ders.: Religionspolitik (S. 341–364). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schlag, T. (2010): Horizonte demokratischer Bildung. Evangelische Religionspädagogik in politischer Perspektive. Freiburg i. Br. u. a.: Herder.
- Schlag, T. (2016): Art. Demokratie. In WiReLex – Das Wissenschaftlich-Religionspädagogische Lexikon im Internet. <http://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/100207/> (Zugriff: 17.05.2021).
- Schlag, T. (2017): Alttestamentliche Prophetie als Thema religiöser und interreligiöser Bildung. Hermeneutische Überlegungen zur religionspädagogischen »Wahrnehmung« des Alten Testaments. Evangelische Theologie 77/2, S. 146–160.
- Schweitzer, F. (2011): Menschenwürde und Bildung. Religiöse Voraussetzungen der Pädagogik in evangelischer Perspektive. Zürich: Theologischer Verlag Zürich.
- Sekretariat der DBK/Kirchenamt der EKD (Hg.) (2019): Vertrauen in die Demokratie stärken. Bonn/Hannover.
- Sekretariat der DBK (Hg.) (2019): Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen. Arbeitshilfen Nr. 305. Bonn.
- Suhner, J. (2020): Menschenrechte – Bildung – Religion. Bezugfelder, Potentiale, Perspektiven. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Vorländer, H. (2020): Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien (4. Aufl.). München: C. H. Beck.